

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 835

Mittwoch, 20. August 2025

32. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

<i>Aktivist Leocardio Juracán am Flughafen verhaftet.....</i>	<i>1</i>
<i>Der Protest der Gemeinden führt zur Aufhebung von Bergbaulizenzen in Livingston, Izabal.....</i>	<i>2</i>
MARN wird gegen Bergbauunternehmen in Izabal klagen!.....	2
<i>Der Abzug von PERENCO stellt die Regierung vor neue Herausforderungen.....</i>	<i>4</i>

Aktivist Leocardio Juracán am Flughafen verhaftet

Guatemala, 13. August - Leocardio Juracán Salome, Vorsitzender des Komitees der Bäuer*innen des Hochlandes (CCDA), wurde heute Morgen am Flughafen La Aurora festgenommen, als er sich auf den Weg zu einer internationalen Konferenz nach Südafrika machen wollte.

Nach Angaben seiner Verteidiger*innen wurden Juracán wegen schwerer Landbesetzung und Anstiftung zu Waldbränden festgenommen.

„Als ich mich heute auf den Weg zu dieser Konferenz machen wollte, wurde ich um etwa 11:05 Uhr morgens am internationalen Flughafen La Aurora willkürlich festgenommen“, erklärte der ehemalige Abgeordnete der inzwischen aufgelösten Partei Convergencia. Juracán bat seine Familie um Ruhe und teilte seinen Kolleg*innen vom CCDA mit, dass er stolz auf ihre Kämpfe sei, „denn diese repressiven Praktiken des Staates und korrupter Bediensteter zeigen nur, dass sie unsere gerechten Kämpfe nicht allein durch Kriminalisierung aufhalten können“.

Die Nachricht von seiner Festnahme hat Solidaritätsbekundungen von verschiedenen Personen und Sektoren ausgelöst. Die Organisation CCDA, der er angehört, bezeichnete diese Festnahme als einen Akt der Kriminalisierung und Strafverfolgung gegen diejenigen, die sich für Land, Territorium und soziale Gerechtigkeit einsetzen, und forderte seine sofortige Freilassung. Es wird erwartet, dass er nun in den Justizpalast gebracht wird, wo ihm die Gründe für seine Festnahme mitgeteilt werden.

Abgeordneter und Vorsitzender des Komitees der Bäuer*innen des Hochlands

Als er zum Abgeordneten für Convergencia (2015-2019) gewählt wurde, unterstützte Juracán die Forderungen der Organisationen der Bäuer*innen und anderer sozialer Sektoren. Im März 2017 reichte er zusammen mit der damaligen Abgeordneten Sandra Morán ein Vorverfahren gegen den ehemaligen Präsidenten Jimmy Morales wegen des Falls Hogar Seguro ein, das jedoch erfolglos blieb.

Juracán ist weiterhin einer der Vertreter der CCDA, einer Organisation, die sich für die Förderung der ländlichen Entwicklung indigener und bäuerlicher Gemeinschaften einsetzt. Sie wurde 1982 inmitten der Militärdiktaturen gegründet und trat 1989 an die Öffentlichkeit. Derzeit begleitet die Organisation indigene Gemeinschaften und Verteidiger*innen des Territoriums bei Fragen der Vertreibung und Kriminalisierung in mehreren Departements des Landes, darunter El Estor, Izabal und Alta Verapaz.

Einer der jüngsten Fälle, die vom CCDA vorgelegt wurden, betrifft 42 Frauen der indigenen Gemeinschaft Chirrix Tul in Cobán, Alta Verapaz, darunter acht Menschenrechtsverteidigerinnen dieser Organisation, die von einer bewaffneten Gruppe körperlich und sexuell misshandelt wurden, als sie gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben wurden. Der Fall wurde der Sonderberichterstatterin für die Lage von Menschenrechtsverteidiger*innen und einer weiteren UN-Expertin vorgelegt. Das Thema wurde öffentlich bekannt, nachdem die Sonderberichterstatterin sich an die Regierung von Präsident Bernardo Arévalo gewandt hatte, die am 25. Juni 2025 antwortete. (Prensa Comunitaria)

Der Protest der Gemeinden führt zur Aufhebung von Bergbaulizenzen in Livingston, Izabal

Livingston, 30. Juli – Seit Januar 2025 hatten 54 Gemeinden in Livingston, Izabal von der Regierung die Aufhebung von Bergbaulizenzen des Unternehmens Río Níquel y Productores del Atlántico [Tochtergesellschaften des in Montreal ansässigen Unternehmens Central America Nickel] auf ihrem Territorium gefordert. Nun, ein halbes Jahr später, hatten sie Erfolg.

Das Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen (MARN) teilte Vertreter*innen der Maya-Q'eqchi', Garifuna und Mestizo-Gemeinden von Livingston und El Estor, Izabal, mit, dass zehn Umweltgenehmigungen in der Sierra Santa Cruz, die während der Regierung von Alejandro Giammattei erteilt worden waren, aufgehoben wurden. Die Sitzung hinter verschlossenen Türen im Kulturpalast wurde von Rodrigo Rodas, dem stellvertretenden Umweltminister, geleitet, der den indigenen Behörden am 18. Juni versprochen hatte, eine Antwort auf die Aufhebung von zehn Bergbaulizenzen für Metalle in der Region Sierra Santa Cruz zu geben.

An diesem 18. Juni protestierte die Bevölkerung vor dem Büro des stellvertretenden Bürgermeisters von Livingston, weil zwei Tage zuvor in einem Treffen mit Vertreter*innen des MARN nicht klar gesagt worden war, ob die Explorationslizenzen von Río Nickel S.A. widerrufen würden. Stattdessen versprachen die Behörden, bis zum 30. Juli über den Verwaltungsprozess der Lizenzen zu berichten. Am Ende des Tages ging die Bereitschaftspolizei gegen Aktive der 54 Gemeinden der Gemeinde vor, die eine Strasse blockiert hatten.

Nach den Informationen, die die Behörden den Gemeinden nun zur Verfügung stellten, wurden die zehn Lizenzen von den Unternehmen Río Níquel mit sechs Projekten und Producciones del Atlántico mit vier Projekten beantragt. Diese Projekte würden in der Sierra Santa Cruz durchgeführt werden, einem besonderen Schutzgebiet im Nordosten Guatemalas und nördlich des Izabal-Sees.

Die annullierten Genehmigungen sind Voraussetzung dafür, dass Unternehmen ihre Explorations- und Abbaulizenzen vom Ministerium für Energie und Bergbau (MEM) erhalten. Diese Bergbauprojekte würden die Wasserquellen aus dem Gebiet der Sierra Santa Cruz verschmutzen, die 54 Gemeinden zwischen Livingston und El Estor versorgen.

„Der stellvertretende Minister, der bei uns war [*Rodrigo Rodas, d. Red.*], sagte, dass die zehn Lizenzen, die 2023 von der letzten Regierung erteilt wurden, heute widerrufen wurden“, erklärte Enrique Che, Gemeindevorsteher von Río Pita in der Gemeinde Livingston, gegenüber Prensa Comunitaria. Che würdigte den Widerstand der Gemeinden, den er als Vermächtnis für künftige Generationen betrachtet. „Wie wichtig unserer Kampf sein würde, wurde uns bewusst, als wir herausfanden, was das kanadische Bergbauunternehmen tat ...“, sagte der indigene Gemeindevorsteher.

Damit ist die Sache aber noch nicht beendet.

MARN wird gegen Bergbauunternehmen in Izabal klagen!

Guatemala, 22. Juli - Am 21. Juli 2025 erklärte Umweltministerin Patricia Orantes, dass das Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen (MARN) neue Strafanzeigen gegen Bergbauunternehmen bei der Staatsanwaltschaft (MP) einreichen wird – und zwar wegen Unregelmässigkeiten, die bei den Projekten Santa Anita und Santa Anita II festgestellt wurden, die sich beide im Prozess der Beantragung von Bergbaulizenzen befinden. „Mit jedem Tag, der vergeht, finden wir mehr rechtliche und technische Unregelmässigkeiten. Wir werden neue Klagen einreichen, aber wir wollen den Prozess sehr verantwortungsbewusst handhaben“, sagte Patricia Orantes.

Beschwerden wegen illegaler Erkundungen

Der Konflikt um die Erteilung von Bergbaulizenzen in Sierra Santa Cruz, Departement Izabal, hat sich in den letzten Wochen verschärft, nachdem das MARN am 10. Juni 2025 zwei Strafanzeigen bei der MP gegen die Projekte Santa Anita und Santa Anita II wegen angeblicher Unregelmässigkeiten eingereicht hatte, die bei einer Umweltinspektion festgestellt worden waren.

Die Umweltministerin räumte ein, dass die Gemeinden bereits seit April 2025 Bedenken hinsichtlich der Existenz von zehn Umweltgenehmigungen geäußert hatten, die im November 2023 unter der vorherigen Regierung erteilt worden waren. Sie wies darauf hin, dass das MARN derzeit prüfe, ob das Verfahren ordnungsgemäss durchgeführt wurde, und dass die Entscheidung über das Verwaltungsverfahren am 30. Juli verkündet werde.

„Die Gemeinden wollen, dass wir die Genehmigungen aufheben, aber wir müssen uns an die gesetzlichen Verfahren halten. Wir können nicht ausserhalb des rechtlichen Rahmens handeln“, sagte Orantes in einem Radiointerview im Juni. Sie fügte hinzu, dass die von den Unternehmen vorgelegten Umweltstudien „weder schlüssig noch ausreichend“ seien, um den Schutz der Wasserressourcen zu gewährleisten.

Laut Unterlagen der lokalen Behörden in Izabal wurden beim Projekt Santa Anita zwei Probebohrungen (erkundende Ausgrabungen im Boden) entdeckt, während vier weitere bei Santa Anita II gefunden wurden. Diese Aktivitäten wurden

Berichten zufolge ohne Bergbaugenehmigungen durchgeführt, was einen Umweltverstoss darstellen könnte. Beide Projekte sind Teil der sechs Lizenzanträge, die das Unternehmen Río Niquel S. A. [Tochtergesellschaft von Central America Nickel, Kanada] eingereicht hat, das auch die Projekte Bongo, Santa Anita III, Santa Cruz Caledonia und Coatepeque I vorantreibt. Die anderen vier Projekte (Tzultaka I, II, III und IV) gehören zu Producciones del Atlántico, S.A.

Sorge um das Wasser

Im April und Juni führten Gemeinden in Livingston Blockaden auf der Autobahn CA-13 durch und forderten die Aufhebung der Bergbaulizenzen, da sie befürchteten, dass diese die Wasserquellen, die für den persönlichen Verbrauch, die Landwirtschaft und den Lebensunterhalt unverzichtbar sind, beeinträchtigen könnten. Einer der sensibelsten Punkte, Cerro 1019 [*also Hügel 1019, d.Red.*] in der Sierra Santa Cruz, wurde als strategischer Punkt für die Trinkwasserversorgung, Bewässerung und den Lebensunterhalt von mindestens 54 Gemeinden identifiziert.

Laut einem technischen Bericht der Behörde für die nachhaltige Bewirtschaftung des Izabal-Sees und des Río Dulce-Beckens (AMASURLI) ist das Gebiet sehr artenreich und wurde 2009 vom Nationalen Rat für Schutzgebiete (CONAP) zum Biosphärenreservat erklärt. Das Dokument warnt vor möglichen schwerwiegenden Umweltauswirkungen wie Schwermetallverseuchung, giftigen Abfällen und dem Austrocknen von Wasserquellen, die die Gesundheit, die Landwirtschaft und die Tierwelt gefährden könnten.

Proteste und soziale Spannungen in der Region

Der Konflikt um die Lizenzen hat zu schweren sozialen Spannungen in Izabal geführt. Im Juni kam es bei Demonstrationen zu Zusammenstössen, bei denen eine Person verletzt wurde. Laut Ministerin Patricia Orantes gab es Angriffe auf Dienstfahrzeuge, darunter auch das des Vizeministers für Umwelt, Rodrigo Rodas.

Mitglieder der Gemeinden Creek Maya, San Juan, Chocón Machacas, Río Dulce und der Stadtteile von Livingston haben ihre Ablehnung des Genehmigungsverfahrens zum Ausdruck gebracht. Gemeindevorstände haben ihre Einwände in Gemeindeprotokollen dokumentiert und argumentieren, dass das Verfahren ihr Recht auf freie, vorherige und informierte Konsultation gemäss der ILO-Konvention 169 verletzt habe.

Unternehmen versichern, dass sie den Betrieb noch nicht aufgenommen haben

In einem Telefoninterview mit Prensa Libre im Juni 2025 bestritt Mark Billings, CEO von Central American Nickel (CAN), dem Unternehmen, das Río Nickel S.A. gehört, illegale Aktivitäten durchgeführt zu haben. „Die Projekte befinden sich in der Planung. Wir wurden noch nicht offiziell über die Vorwürfe informiert und werden unsere Beweise vorlegen“, sagte Billings. In Bezug auf die Probegrabungen erklärte er, dass es sich um Erkundungsmassnahmen handle, die gemäss der Klassifizierung des MARN zur Kategorie C plus Umweltmanagementplan (EMP) gehören, was Projekten mit geringen Auswirkungen entspricht. Die beiden Abbauprojekte, fügte er hinzu, seien als Kategorie B eingestuft, da es sich um formelle Metallbergbauprojekte handle.

Billings erklärte bei dieser Gelegenheit auch, dass es historische Vorläufer für den Bergbau in diesem Gebiet gebe, darunter seit den 1960er Jahren, als das Unternehmen INCO in diesem Gebiet tätig war. Zwischen 2004 und 2014 erteilte das Ministerium für Energie und Bergbau (MEM) auch anderen Unternehmen Lizenzen, die Strukturen wie die bei der Inspektion festgestellten Probebohrungen hinterlassen haben könnten.

Das MEM stellte seinerseits klar, dass es bis heute keinem der genannten Unternehmen Explorations- oder Abbaulizenzen erteilt habe. Es erklärte ausserdem, dass das Verfahren mit einer vom MARN genehmigten Umweltprüfung beginne, gefolgt von einer technischen Prüfung und schliesslich einer Konsultation der indigenen Völker gemäss der ILO-Konvention 169.

Da das Verfahren noch nicht beendet ist, behielt sich das MEM das Recht vor, weitere Erklärungen abzugeben, versicherte jedoch, dass es gemäss den gesetzlichen Bestimmungen Unterstützung leisten werde.

Sierra Santa Cruz: ein Konflikt zwischen Entwicklung und Nachhaltigkeit

Der Fall rückt die Nutzung des Territoriums, Umweltgenehmigungsmechanismen und die Achtung der kollektiven Rechte indigener Völker in den Mittelpunkt der Debatte. Während die Unternehmen versichern, dass sie die Anforderungen erfüllen und nachhaltig arbeiten können, behaupten die Gemeinden, dass der Bergbau in dieser Region ihre Lebensgrundlage irreparabel beeinträchtigen würde. Darüber hinaus haben mehrere lokale Organisationen daran erinnert, dass die Sierra Santa Cruz ein Schutzgebiet sei, sodass bei jedem Eingriff ihr ökologischer Wert und die Gesetze, die ihre Erhaltung gewährleisten, berücksichtigt werden müssen.

Unterdessen geht das Gerichtsverfahren weiter. Die Behörden des MARN analysieren weiterhin die während der Inspektionen gesammelten Unterlagen und Beweise, während die Gemeinden die vollständige Aufhebung der Genehmigungen und die Achtung ihres Rechts auf Wasser, Land und eine gesunde Umwelt fordern. (Prensa Libre)

Der Abzug von PERENCO stellt die Regierung vor neue Herausforderungen

La Libertad, Petén/Guatemala, 11. August – Am Dienstag, dem 12. August, wird das Ministerium für Energie und Bergbau (MEM) in der Raffinerie in La Libertad, Petén, die Vermögenswerte übernehmen, die seit 1985 von der Firma PERENCO verwaltet wurden. Der Minister für Energie und Bergbau, Víctor Hugo Ventura, erklärte, dass sein Ministerium das Ölfördergebiet Xan, die Klein-Raffinerie und die Ölpipeline sowie eine Landebahn, ein Gesundheitszentrum und der Fährdienst übernehmen werde.

Die nationale Ölförderung steht vor einer ihrer schwierigsten Phasen, da nach der Schliessung des Förder- und Raffineriebetriebs, der sich in den Händen des Unternehmens PERENCO Guatemala befand, und der Entscheidung, den Vertrag über den Betrieb der Ölpipeline – das Stationäre Transport-System für Kohlenwasserstoffe (SETH) – vorzeitig zu beenden, Unklarheit darüber herrscht, wie es weitergehen soll. Die letzte Verlängerung des Vertrags 2-85 von PERENCO um 25 Jahre ist seit dem 13. August 2010 in Kraft. Das Unternehmen betreibt die Ölfelder im Gebiet Xan und die Raffinerie in der Gemeinde La Libertad, Petén seit 1985, ursprünglich unter dem Namen Basic Resources. Der Vertrag zur Verwaltung des SETH wurde im Juli 2019 um 25 Jahre, d. h. bis 2044, verlängert.

PERENCO ist seit Jahrzehnten sehr umstritten, da das Feld Xan innerhalb des Schutzgebiets Laguna del Tigre liegt und somit Umweltschäden verursacht, und weil der Staat nur geringe und undurchsichtige Einnahmen aus den Ölförderabgaben erhält.

Da eine weitere Verlängerung gesetzlich nicht möglich ist, bleibt dem MEM „ein weiteres Problem, das die Regierung von Bernardo Arévalo erbt und das ihm rechtlich nur wenige Auswege lässt“, so der unabhängige Analyst Marvin Flores. „Man hätte im Kongress eine umfassende Reform zu diesem Thema anstreben können, aber die dortigen perversen Verhandlungen lassen keinen guten Ausweg zu“, fügte er hinzu. Obwohl das Ende des Vertrags seit über einem Jahr bekannt ist, ist die Frist abgelaufen und die Unsicherheit wächst, obwohl das MEM am 16. Juli die Ministerialvereinbarung 207-2025/SG für die dringende Beauftragung von Notfalldiensten für die Schliessung und den Rückbau der Anlagen des Feldes Xan, Block H-2-84 in San Andrés, Petén, veröffentlicht hat. Wie in der veröffentlichten Vereinbarung angegeben, wird die Beauftragung durch das MEM innerhalb einer Frist von höchstens 45 Tagen ab diesem Datum erfolgen. In der Zwischenzeit werde man am kommenden Dienstag die eingereichten Angebote entgegennehmen, erklärte eine mit der Materie vertraute Quelle. Seit mehreren Monaten habe PERENCO keine Investitionen mehr getätigt, zuletzt habe man sich um „ästhetische Aspekte“ gekümmert, und seit dem 28. Mai seien die Bohrlöcher mit provisorischen Verschlüssen versehen worden, die etwa anderthalb Jahre halten könnten, bevor Probleme mit undichten Stellen auftreten würden, fügte sie hinzu.

Unruhige Zeiten

Während die Zweifel hinsichtlich des Zustands der Vermögenswerte, die der Staat von dem Unternehmen erhalten wird, zunehmen, ist das Geschehen um die Eisenbahn für viele ein Vorbote dessen, was im Bereich der Kohlenwasserstoffe bevorsteht. Analyst Marvin Flores sagt, dass die Behörden die vorhandene Infrastruktur kontrollieren müssten, damit das Unternehmen keinen Schrott hinterlässt. Zudem müssten sie verlangen, dass alle Anlagen gewartet werden, damit sie in gutem Zustand sind und nicht dasselbe passiert wie bei Ferrocarriles de Guatemala (FEGUA).

Minister Víctor Hugo Ventura erklärte am Montag (11. August) in einer Pressekonferenz, dass mit der morgen beginnenden Übernahme des Gebiets ein 40-jähriger Zyklus zu Ende geht. „Rechtlich gesehen bleibt uns nichts anderes übrig, als das Ölfördergebiet Xan, die Miniraffinerie und die Ölpipeline zu übernehmen“, fügte er hinzu. Ausserdem eine Landebahn, ein Gesundheitszentrum und den Fährdienst, der in diesem Gebiet betrieben wurde, erklärte er. Der Minister betonte, dass eine Gesetzesinitiative zur ökologischen Stilllegung in Betracht gezogen wurde, diese jedoch nicht im Kongress diskutiert wurde, weshalb das MEM die Pflicht habe, die Stilllegung des Ölgebiets durchzuführen, erklärte er. Es wurde der Notstand ausgerufen – um die Anlagen vor Risiken für Mensch und Umwelt zu schützen. Und es werde dringend ein Unternehmen gesucht, das sich um die Schliessung kümmert.

Die Präsidialkommission gegen Korruption wird an dem Verfahren zur Beauftragung des Unternehmens beteiligt sein, das die Schliessung durchführen wird. Fünf Unternehmen haben bereits ihr Interesse bekundet. Außerdem werde man nach interessierten und erfahrenen Unternehmen für die Ölpipeline und die Miniraffinerie suchen, sagte Ventura.

Verteidigungsminister Henry Sáenz erklärte, dass die Armee angesichts der Schliessung des Unternehmens PERENCO die Einheiten in diesem Sektor verstärken werde, um das Naturschutzgebiet und die Ölförderanlagen zu schützen, die sich in einem Gebiet von hohem kulturellem, natürlichem und geostrategischem Wert befinden.

Unabhängig davon teilten das Umweltministerium und der Nationale Rat für Schutzgebiete mit, dass Diagnosebesuche vor Ort durchgeführt wurden und Umweltstudien vorbereitet werden, um Massnahmen zur Milderung der Folgen der Schliessung zu ergreifen und die natürlichen Lebensräume der Laguna del Tigre wiederherzustellen. Es gibt keine Möglichkeit, die Förderung in diesem Gebiet fortzusetzen, da dies nach Ablauf des Vertrags rechtlich nicht mehr zulässig ist und sich das Gebiet zudem innerhalb einer Kernzone des Naturschutzgebietes Laguna del Tigre befindet, erklärten die Beamt*innen der beiden Behörden.

Bislang hat das MEM die Namen der an dem Notfallvertrag interessierten Unternehmen noch nicht bekannt gegeben, aber in den Kreisen des Kongresses und in den Fluren des Ministeriums wird gemunkelt, dass Unternehmen aus Kanada, den Vereinigten Staaten, China und Mexiko Interesse bekundet hätten. Es wird jedoch befürchtet, dass Mitarbeitende von PERENCO in einem neuen Unternehmen wieder auftauchen, dass es sich um eine verdeckte Verlängerung handelt, oder dass Unternehmen begünstigt werden, die bei Beamt*innen des Energieministeriums gut lobbyiert haben.

In diesem Zusammenhang wäre die Empresa Técnica Profesional Mexicana zu nennen, die möglicherweise mit Tritan Energy Guatemala in Verbindung steht und in diesem Jahr vom Anwalt und Notar Otto Leonel García Quinteros und dem gesetzlichen Vertreter Abraham Grajales Lagunes im Handelsregister eingetragen wurde.

Im Jahr 2014 zitiert die Zeitung Prensa Libre den Anwalt García Quinteros als Rechtsvertreter von PERENCO, der damals an einer öffentlichen Anhörung vor dem Verfassungsgericht im Rahmen eines Verfahrens zur Rückforderung einer Steuergutschrift für das Unternehmen durch die Steueraufsichtsbehörde (SAT) teilnahm. Es wird auch darauf hingewiesen, dass eine Person, die einem US-amerikanischen Unternehmen nahesteht, versuchen würde, den Notfallvertrag zu erhalten, den sie als „den 50-Millionen-Dollar-Vertrag“ bezeichnen.

Um die Unsicherheit noch zu verstärken, reichten fast zeitgleich mit der Veröffentlichung der Vereinbarung 207-2025/SG durch das MEM Abgeordnete der Regierungspartei – Victoria Godoy Palala und José Carlos Sanabria – einen Antrag (6575) ein, um die Möglichkeit einer Verlängerung um acht Jahre zu schaffen, damit das Unternehmen eine technische Stilllegung in dem Gebiet vornehmen kann.

Der Vorschlag wurde als Reform zugunsten von PERENCO kritisiert, ebenso wie der Versuch der Regierung von Alejandro Giammattei im Jahr 2022, das Gesetz zu reformieren, um dem Unternehmen weitere 25 Jahre Betriebszeit zu gewähren.

Im April hat das MEM auf eine Anfrage der Fraktion von VOS bezüglich der Stilllegungspläne mit zwei Szenarien geantwortet. Im ersten Szenario würde innerhalb von bis zu drei Jahren ein technischer Prozess durchgeführt, um die Bohrlöcher vollständig zu verschliessen, ohne weitere Förderung; im zweiten Szenario würde die Ölförderung fortgesetzt, um die Stilllegungsmassnahmen innerhalb von fünf bis acht Jahren zu finanzieren. Nach den vorliegenden Informationen würden sich hierfür Kosten in Höhe von 56,5 Mio. US\$ bzw. 59,3 Mio. US\$ ergeben.

Ölkrise

Nach Angaben der Generaldirektion für Kohlenwasserstoffe befanden sich im ersten Quartal dieses Jahres die Verträge 2-85 (Perenco), 2-2009 (Empresa Petrolera del Istmo), 1-2006 (City Petén), 1-2005 (Latin American Resources) und 1-91 (Petro Energy) in der Förderphase.

Das Xan-Feld macht mehr als 80 Prozent der nationalen Ölproduktion aus, deren Absatz laut offiziellen Angaben aufgrund des „natürlichen Rückgangs der Fördergebiete“ rückläufig ist. Im Jahr 2020 wurden 2,55 Millionen Barrel gefördert, im Jahr 2024 waren es 1,87 Millionen und im März dieses Jahres etwa 400.000 Barrel. In den letzten zwei Jahrzehnten ist die nationale Ölproduktion von 9 Millionen Barrel auf weniger als 2 Millionen Barrel zurückgegangen.

Der Produktionsrückgang und die ständigen Hinweise auf Unregelmässigkeiten bei der Zahlung von Lizenzgebühren im Erdölsektor zeugen vom Niedergang dieser Industrie und dem Fehlen einer klaren nationalen Politik in diesem Bereich. Von den fünf genannten Fördergebieten wird das Land in wenigen Wochen nur noch über eines verfügen, was von der Entscheidung des Energieministers Víctor Hugo Ventura abhängt. Dies liegt daran, dass die Felder Rubelsanto, Chinajá Oeste, Caribe und Tierra Blanca, die sich im Besitz der Empresa Petrolera del Istmo (EPI) befinden, Chocop und Yalpe-mech, die von Petro Energy betrieben werden, und Atzam, das unter Vertrag mit Latin American Resources (LAR) steht, im Jahr 2022 wegen Nichtzahlung von Lizenzgebühren auffielen. Die millionenschwere Schuld entspricht den Lizenzgebühren, Strafen und Zinsen für die Nichtzahlung, wie der Abgeordnete Carlos Barreda, derzeitiger Abgeordneter des Zentralamerikanischen Parlaments (PARLACEN) für die Partei VOS, damals erklärte. Diese Situation führte zur Aussetzung der Verträge mit EPI und Petro Energy, und seit März dieses Jahres bemühte sich das MEM um einen Notfallvertrag für den Betrieb von LAR im Feld Atzam in Alta Verapaz, der mangels Angeboten im Mai und zum dritten Mal im vergangenen Juni verlängert wurde, wobei diese Frist nun bald abläuft.

Laut Branchenquellen wird das MEM in den kommenden Wochen den Betrieb von Atzam übernehmen müssen, nachdem das Unternehmen vor Gericht versucht hat, den Vertrag fortzusetzen, und Rechtsanwalt Rodolfo Sosa de León bei der Präsidentschaft Lobbyarbeit betrieben hat.

Seit diesem Monat betreibt der guatemaltekeische Staat das Feld Ocultún, das seit 2006 für 25 Jahre an das Unternehmen City Petén verpachtet ist, das dort Erdgas und Kondensat fördert. Die Regierung wird den Betrieb der Ölpipeline übernehmen, die sich über 235 Kilometer von Rubelsanto bis zum Terminal in Piedras Negras erstreckt, davon 115 Kilometer vom Abschnitt El Nance bis Raxruhá und 2,4 Kilometer vom Terminal in Piedras Negras bis zum Hafen Santo Tomás de Castilla in Izabal.

PERENCO betrieb und verwaltete SETH im Rahmen eines Vertrags mit dem MEM, aber mit der Entscheidung, den

Vertrag vorzeitig zu beenden, stehen die Behörden vor einer weiteren Herausforderung, um die geringe Ölförderung und den Transport aufrechtzuerhalten. Wie der Minister erwähnte, werden Angebote für den Betrieb dieser Anlagen erwartet. Branchenkenner sind der Meinung, dass die Vertragsklauseln überprüft werden müssen, da die gesamte nationale Produktion über die Pipeline läuft, und dass die Möglichkeit geprüft werden sollte, die Erfüllungsgarantie in Anspruch zu nehmen und eine Klage gegen das Unternehmen wegen der Aufgabe der Anlagen, Türme, Ausrüstung und des Terminals einzureichen.

Vorschläge

Der Analyst Marvin Flores hält die Kündigung des Vertrags mit PERENCO für eine gute Lösung, da es für das Land schädlich ist, in einem Schutzgebiet ohne die erforderliche Umweltgenehmigung zu operieren, mit fragwürdigen Vorteilen wie dem Beitrag zum Dschungelbataillon, dem Fonpetrol (Fonds für die wirtschaftliche Entwicklung der Nation) und den geringen Einnahmen aus Lizenzgebühren angesichts der erstattungsfähigen Kosten der Unternehmen. Flores verglich den Rückzug von PERENCO aus dem Land mit der Entfernung des Blinddarms bei einem Patienten. Es müsse eine umfassende Politik für Kohlenwasserstoffe mit mittel- und langfristiger Perspektive vorangetrieben werden. Bis dahin solle man sich effizient um die Schliessung des Xan-Feldes kümmern, um die ökologischen und wirtschaftlichen Kosten zu minimieren, und dann die Ölausschreibungen mit besseren Bedingungen hinsichtlich Lizenzgebühren und Umweltkontrollen wieder eröffnen, empfahl er.

Carlos Barreda stimmt der Notwendigkeit von Gesetzesreformen für die Rohstoffindustrie zu. Die aktuellen Gesetze seien Gesetze des Landraubes - ohne Umweltgenehmigungen und Mechanismen zur Einstellung des Betriebs, fügte er hinzu. Angesichts des Rückzugs von PERENCO sei es am besten, wenn das MEM einen Vertrag für den Betrieb der Miniraffinerie in La Libertad und der Ölpipeline suche, um die Asphaltproduktion aufrechtzuerhalten. Die nationalen Ölfelder produzieren schweres und saures Rohöl, das hauptsächlich für die Herstellung von Asphalt verwendet wird, der für die Ausbesserung von Strassen benötigt wird.

Expert*innen der Branche erklärten, dass die Ölpipeline ohne die Produktion von PERENCO im Xan-Feld, das den grössten Teil des Rohöls für das SETH liefert, nicht ausgelastet sei und auch die Menge des lokal produzierten Asphalts zurückgehen werde. Dies habe negative Auswirkungen auf die Gemeinden, die die medizinische Versorgung durch ein Programm des Unternehmens in Anspruch nehmen, so die Expert*innen. Die Mittel von Fonpetrol würden sinken, und die Gemeinden müssten sich mit importiertem Asphalt versorgen.

Aber nicht nur wirtschaftliche Bedenken wachsen aufgrund des Rückzugs von PERENCO, sondern es gibt auch Sicherheitsaspekte, die das Gebiet gefährden. „Man sieht Drohnen, die über das Lager fliegen“, bestätigte eine Person, die den Einsatz dieser Geräte kriminellen Organisationen und Drogenhändlern zuschreibt. In diesem Zusammenhang sagt auch Carlos Barreda, dass bei der Übergabe der Anlagen das Thema Sicherheit berücksichtigt und die Umweltbehörden, das Verteidigungsministerium und die Generalstaatsanwaltschaft (PGN) einbezogen werden müssen.

In den nächsten Stunden wird die Entscheidung der Regierung erwartet, und Expert*innen empfehlen, dass die Nationale Erdölkommission (CPN) den Prozess der Übergabe der Vermögenswerte begleitet. Die CPN setzt sich aus dem Energieminister und Vertreter*innen des Verteidigungsministeriums, des Finanzministeriums, des Wirtschaftsministeriums, der Bank von Guatemala und der Staatsanwaltschaft (MP) zusammen. (Prensa Comunitaria)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abonnent*innen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6